



FREIHEITLICHE
WIRTSCHAFT



ABÄNDERUNGSANTRAG
zum Antrag §.4 „Maßnahmen gegen die Teuerung“
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich am 30. Juni 2022

28. Juni 2022

Maßnahmen gegen die Teuerung

Seit Monaten steigen in Österreich die **Energie-, Rohstoff- und Lebenshaltungskosten** und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ließ die Energiepreise noch weiter in die Höhe schnellen. Dadurch stehen Betriebe vor bisher nie dagewesenen Schwierigkeiten und auch Konsumenten spüren die Auswirkungen in voller Wucht – so stieg die Inflation mit Mai 2022 auf 7,7 %, den höchsten Wert seit 1976 – und ein Ende der Teuerungsspirale ist nicht in Sicht. Bis zu 40 % der Inflationsrate sind allein auf höhere Ausgaben für Energie zurückzuführen. Viele Branchen quer durch alle Sparten, sind von den explodierenden Energiekosten überdurchschnittlich betroffen. Arbeitsplätze sind gefährdet, da in vielen Bereichen nicht mehr kostendeckend produziert werden kann.

Deshalb brauchen alle Unternehmen, die wegen der deutlich gestiegenen Kosten stark belastet sind, eine **großzügige Unterstützung**, um die außergewöhnliche Belastung stemmen zu können (zB Steuervorteil oder Direktzuschuss). Diese muss eine breite Anwendung finden und einfach zugänglich sein. Jeder, der berechtigt einen Antrag stellt, muss eine Unterstützung erhalten.

Das von der Bundesregierung präsentierte „**Energiepaket**“ sowie das „**Entlastungspaket**“ waren wichtige Schritte in die richtige Richtung, und nun gilt es die angekündigten Entlastungen für Unternehmen **rasch und unbürokratisch umzusetzen**.

Zielgerichtete Unterstützungen für Unternehmen wie die **Abschaffung der kalten Progression** und eine **Senkung der hohen Lohnnebenkosten** müssen ebenso rasch umgesetzt werden, wie die **Verschiebung der geplanten CO₂-Bepreisung**.

Neben alledem braucht es in allen Bereichen mehr denn je **Planungs- und Investitionssicherheit** für österreichische Unternehmen. Insbesondere braucht es endlich Klarheit über das geplante Vorgehen im Fall von Gasengpässen, es braucht einen umfassenden Plan für die Klimawende und einen Masterplan „Energie“. Ohne diese ist es Österreichs Wirtschaft unmöglich Vorkehrungen zu treffen.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten daher folgenden

ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, Maßnahmen zu treffen, um Unternehmer zu entlasten, indem speziell der gegenwärtigen Teuerung entgegengewirkt und Planungssicherheit geschaffen wird, insbesondere durch:

- eine **schnelle und unbürokratische Umsetzung** der im Energiepaket und im Entlastungspaket **angekündigten Maßnahmen**, insbesondere
 - eine breit wirksame und einfach zugängliche **Unterstützung** für alle betroffenen Unternehmen (zB Steuervorteil oder Direktzuschuss), um hohe Zusatzkosten aufgrund gestiegener Preise abzufedern,
 - die **Abschaffung der kalten Progression** in Österreich,
 - die **Senkung der Lohnnebenkosten**,
 - die Gewährung einer **steuer- und sozialversicherungsfreien Mitarbeiterprämie**,
- rasche Veröffentlichung der ausstehenden Verordnungen rechtzeitig zum Start der CO₂-Bepreisung, insbesondere eine praxistaugliche und breit-greifende **Härtefallregelung**
- Wiedereinführung der **Behaltefrist für Wertpapiere** zur Verbesserung der Bedingungen der privaten Altersvorsorge und zur nachhaltigen Stärkung des heimischen Kapitalmarkts,
- eine **wirtschaftsverträgliche Umsetzung** der im Regierungsprogramm und auf EU-Ebene beschlossenen **Klimaziele**,
- **Planungs- und Investitionssicherheit** für österreichische Unternehmen (insb. Masterplan „Energie“ und umfassender Plan für die Klimawende) und
- **Bekanntgabe des aktualisierten Gas-Notfallplans** und der danach **prioritären Sektoren**.



iv: Mag. Sigrfried Menz
Delegierter zum WP



FW: KommR Matthias Krenn
Vizepräsident, WKÖ



ÖWB: Franz Hörl
Delegierter zum WP